

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Jeder Kollege sei Mitarbeiter beim Aufbau unseres Verbandes!

Lohnproblem, Kaufkraft, Gewerkschaftskampf.

Durch die diesjährige Tagung der Gesellschaft für soziale Reform ist das seit langem zur Diskussion stehende Thema: Lohnproblem und Kaufkraft erneut in den Vordergrund getreten. Allerdings ist auch diese Tagung vorübergegangen, ohne daß es zu einer Lösung dieser Frage gekommen wäre. Das Problem, von dem ja schließlich abgesehen wird, ob die gute Konjunktur der deutschen Wirtschaft weiter entwickelt oder bald wieder in eine Flaute umzugehen wird, ist heute ungeheuer kompliziert geworden. Früher war die Frage des Lohnes eine einfache Angelegenheit der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, die Verteilungsquote der Sozialprodukte. Die jetzigen Kräfteverhältnisse entschieden die Lage. Gewiß auch schon früher der Lohnstandard eine eminent wichtige Angelegenheit der Volkswirtschaft, ohne daß dieses Element im Lohnkampf besonders betont wurde, und der Lohnstandard beeinflusste auch früher schon den Stand und den Verlauf der Konjunktur. Aber längst nicht in dem Maße, wie dies heute infolge ganz anderer sozialer Zusammenhänge der Bevölkerung der Fall ist. Früher gab es noch erhebliche Schichten, deren Kaufkraft stabil blieb, gleich, wie die Lohnkämpfe ausgingen. Und die Kaufkraft dieser Schichten garantierte doch im allgemeinen eine gewisse Stabilität der Konjunktur. Heute sind diese Schichten durch Krieg und Inflation proletarisiert und richtet sich die Kaufkraft auch nach dem allgemeinen Lohnstandard. Diese soziale Umschichtung ist nunmehr das Lohnproblem zu einer großen volkswirtschaftlichen Angelegenheit geworden. Vom Lohnstandard ist die jeweilige Dauer der Konjunktur abhängig geworden. Leider wird dies in den alten privilegierten Wirtschaftskreisen immer noch nicht eingesehen. Statt den Konjunkturaufschwung durch entsprechende Maßnahmen weiter zur Entwicklung zu bringen, macht man das Gegenteil. Der erhöhte Beschäftigungsgrad der Industrie verbürgt die Verbilligung des Einzelproduktes. Statt die Tendenz durch eine Verbilligungsaktion weiter zur Entwicklung zu bringen, versucht man nach alter Methode weitere Steigerung der Preise.

In unzähligen Reihen haben Vertreter der deutschen Industrie die amerikanischen Verhältnisse studiert, aber anwendend hat keiner der Herren die großen Zusammenhänge gesehen, auf denen die nun seit Jahren währende große amerikanischen Konjunktur beruht: Preisverbilligung, Lohnerrhöhung, Kaufkraftsteigerung, die Ausnutzung der vorhandenen Industrieanlagen, weitere Preisherabsetzung. Überaus interessant und zugleich lehrreich, wie der amerikanische Industriegeist gegenüber dem deutschen auf Konjunkturtriebe reagiert, waren die Ausführungen des Direktors der Vereinigten Staaten auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz, des Großbankiers Robinson. Die Vereinigten Staaten, so erklärte Robinson eindeutig, sind verhältnismäßig wohlhabend infolge der hohen betragsmäßigen Kaufkraft jedes einzelnen Bürgers. Die Preisverbilligung zugunsten des Verbrauchers ist durchgeführt worden durch Verbesserungen in der Geschäftsführung, durch die Ausmerzungen der Verluste und besonders durch die zunehmende Erzeugung des Betriebes durch den Maschinenbetrieb und durch den freien wechselseitigen Austausch der Erfahrungen und eingeschlagenen Wege. Anfangs waren die Arbeiter in mehr oder minder verteilter Weise der zunehmenden Mechanisierung abgeneigt. Die Arbeitgeber, weit entfernt davon, die Preisverbilligung, also das Ergänzungscharakter des Wettbewerbes, durch Preisverbilligungen auszugleichen, waren vielmehr bemüht,

das Lohnniveau zu heben und sich aller Verbesserungen der Geschäftsführung zu bedienen, ebenso wie die Ingebrauchnahme von Maschinen, um die Selbstkosten herabzudrücken. Die Arbeitnehmer begannen von da an allmählich zu begreifen, daß sie selbst einen Teil des Geldes, das auf diese Weise (durch Rationalisierung nämlich) erspart worden war, erhielten; heute haben wir die überraschende Tatsache: Man sieht die Arbeitnehmer sich infolge der Verbesserungen beglückwünschen und zur Weiterführung von Verbesserungen beitragen.

Die Verbesserungen der Produktionsmethoden, ebenso wie die Minderung der Selbstkosten und das Steigen der Löhne und des Verbrauches, die sich daraus ergeben, sind zum überwiegenden Teile der Tatsache zu verdanken, daß es weder Zolltarife noch Benachteiligungen auf einem weiten ausgedehnten Wirtschaftsgebiete gibt.

Diese Worte kommen aus andern Munde, als die Worte, die deutsche Unternehmer aufzubringen vermögen. Statt durch Lohnerhöhungen und Preisverbilligungen die Konjunktur flott ins dauernde Laufen zu bringen, verfolgen sie eine kurzfristige Preiserhöhungspolitik, die den jetzigen Konjunkturaufschwung frühzeitig wieder abdroffen muß.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1926.

Das Jahr 1926 unterwarf die deutschen Gewerkschaften einer ungemein schweren Belastungsprobe. Kaum war ihnen nach den verheerenden Folgen der Währungskaufkraftstrophe eine kurze Zeit der Sammlung und der finanziellen Erholung beschieden, als sie wieder von einer Krise des Wirtschaftslebens, wie sie an Umfang und Dauer während der ganzen kapitalistischen Entwicklungsperiode in Deutschland nicht zu verzeichnen war, betroffen wurden. Nach zwei Seiten übte diese Krise ihre verhängnisvolle Wirkung auf die Gewerkschaften aus. Sie verminderte ihre Mitgliederzahl und belastete sie finanziell schwer durch Leistung großer Unterstützungssummen bei einem gleichzeitigen starken Ausfall an Beiträgen durch erwerbslose Mitglieder. Diese Merkmale geben der Statistik der Verbände für 1926 ihr Gepräge. Die bedauerlichste Erscheinung ist, daß der im Vorjahre so hoffnungsvoll einsehende Aufschwung der Mitgliederbewegung in kurzer Zeit wieder jääh unterbrochen wurde, um sodann in einen Rückgang umzuschlagen. Wenn aber im Jahre 1925 der Aufstieg der Mitgliederzahlen sich nicht in dem erwarteten Umfange vollzog, so ist andererseits auch der Rückschlag im Berichtsjahre nicht in dem Maße eingetreten, wie er befürchtet werden konnte.

Die rückläufige Bewegung hat genau ein Jahr angehalten. Sie setzte bereits beim Beginn der Krise, im vierten Vierteljahr 1925, mit einem Verlust von 31 000 Mitgliedern ein und schloß im Berichtsjahre Ende September mit einer Schlussabnahme von 9710 Mitgliedern gegen das vorausgegangene Quartal. Am Schluß des Jahres ist bereits gegen den tiefsten Stand (im September) wieder eine Zunahme von 48 387 Mitgliedern zu verzeichnen. Die gesamte Mitgliederzahl der Verbände betrug am Ende des Berichtsjahres 3 933 931 gegen 4 182 445 im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die günstigere Entwicklung des Mitgliederbestandes setzte sich auch im neuen Jahre fort. Nach der vorläufigen Mitgliederstatistik war die Viermillionenzahl am 31. März 1927 wieder erreicht.

Am Ende des Jahres 1926 (die eingeklammerten Zahlen sind die von 1925) zählten nachstehende Verbände Mitglieder: Bauergewerksbund 339 159 (342 235), Bekleidungsarbeiter 69 737 (82 822), Bergarbeiter 184 275 (187 818), Böttcher 8 040 (8 777), Buchbinder 48 853 (49 958), Buchdrucker 80 477 (79 340), Dachdecker 9 200 (9 357), Eisenbahner 210 568 (197 990), Fabrikarbeiter 375 935 (334 685), Glasarbeiter (45 392), Porzellanarbeiter (47 534) — die letzten beiden Verbände schlossen sich am 1. August 1926 dem Fabrikarbeiterverband an —, Feuerwehrmänner 7 896 (7 926),

Filmgewerkschaft 1273 (1273), Fleischer 14 018 (12 818), Friseurgehilfen 3850 (3579), Gärtner 9117 (9564), Gemeinde- und Staatsarbeiter 207 917 (200 464), Graphische Hilfsarbeiter 36 433 (37 793), Holzarbeiter 266 055 (297 511), Hotel-, Rest- und Café-Angestellten 23 032 (23 470), Sutarbeiter 17 217 (19 053), Kupferschmiede 6 296 (6 269), Landarbeiter 141 778 (185 212), Lebensmittel- und Getränkearbeiter 68 967 (67 691), Lederarbeiter 36 191 (38 953), Lithographen 22 459 (21 525), Maler 42 643 (41 983), Maschinisten 44 605 (44 336), Metallarbeiter 675 398 (764 609), Musiker 21 057 (25 211), Nahrungs- und Genussmittelarbeiter 51 512 (54 119), Sattler, Tapezierer und Portefeuillearbeiter 27 370 (31 890), Schornsteinfeger 2772 (2892), Schuhmacher 71 113 (84 412), Schweizer 11 116 (11 255), Steinarbeiter 54 489 (55 931), Tabakarbeiter 58 958 (58 258), Textilarbeiter 284 773 (312 935), Verkehrsbund 313 069 (289 455), Zimmerer 86 313 (86 150). Summa 3 933 931 (4 182 445).

Durch den Anschluß der Verbände der Glas- und der Porzellanarbeiter an den Verband der Fabrikarbeiter verminderte sich die Zahl der zum ADGB gehörenden Verbände von 40 auf 38 im Jahre 1926, die zusammen 15 484 Zweigvereine hatten. Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände insgesamt 3 200 213 (1925: 3 282 684) männliche, 659 499 (751 585) weibliche, 117 597 (122 182) jugendliche, zusammen 3 977 309 (4 156 451) Mitglieder. Die in Klammern gefetzten Zahlen zeigen die gegen das Vorjahr eingetretenen Veränderungen des Mitgliederbestandes. Die Gesamtzahl nahm um 179 142 = 4,3 v. H. ab. Diese Verminderung im Jahresdurchschnitt ist nicht so erheblich wie bei Gegenüberstellung der Jahresendzahlen. Berücksichtigt man, daß von den Mitgliedern der Verbände im Durchschnitt das ganze Jahr hindurch (unter Einrechnung der Kurzarbeit) ungefähr der vierte Teil beschäftigungslos war, so ist gemessen an diesem Umfang der Arbeitslosigkeit, der Verlust an Mitgliedern immerhin als mäßig zu bezeichnen. Auch nicht alle Verbände haben Verluste erlitten, ein Teil von ihnen kann trotz der miffligen Verhältnisse noch einen Zuwachs an Mitgliedern buchen.

Die Finanzgebarung der Verbände im Berichtsjahre wird charakterisiert durch die ungemein hohen Unterstützungsausgaben. Ganz besonders große Ansprüche hat die Unterstützung der Arbeitslosen an die Kassen der Verbände gestellt. Dieser dadurch stark erhöhten Mehrausgabe steht nur eine geringe Steigerung der Einnahmen gegenüber. Zwar sind in der Höhe der Beitragsfestsetzungen gegen das Vorjahr erfreuliche Fortschritte festzustellen, jedoch zogen sie keine Mehreinnahmen an Verbandsbeiträgen im gleichen Ausmaß nach sich, da die starke Beschäftigungslosigkeit die wirkliche Beitragsleistung sehr ungünstig beeinflusste. Die an der Statistik beteiligten Verbände verzeichnen 1926 eine Gesamteinnahme von 148 139 716 M. Davon kommen auf Beitragsleistungen 137 638 607 M und 10 501 109 M auf andere Einnahmequellen. Von der Einnahme an Beiträgen kamen im Durchschnitt auf jedes Mitglied 1926: 34,62 M und 1925: 32,78 M. Die Gesamtausgabe betrug 135 529 991 M (1925: 125 874 093 M). Hiervon wurden für Unterstützungen 2 064 263 M verausgabt. Auf die Unterstützung der Arbeitslosen kamen allein 39 807 609 M. Von je 100 M Ausgabe entfielen 45,79 M auf Unterstützungen gegen 26,26 M im Vorjahre, und auf jedes Mitglied kamen im Durchschnitt 9,96 M Arbeitslosenunterstützung, während dieser Pro-Kopf-Betrag im Vorjahre nur 3,32 M ausmachte. Diese Zahlen kennzeichnen zur Genüge die schwere finanzielle Belastung der Verbände durch die Krise. Auch die Notfallunterstützung erhöhte sich wesentlich, und zwar von 1 084 564 M auf 2 338 995 M. Die übrigen Unterstützungsausgaben veränderten sich nicht erheblich. Außer den bereits erwähnten Unterstützungen wurden 1926 noch verausgabt: für Reiseunterstützung 589 798 M, Umzugsunterstützung 152 655 M, Krankenunterstützung 14 758 596 M, Invalidenunterstützung 1 363 257 M, Sterbefallunterstützung 2 197 759 M, sonstige Unterstützungen 501 151 M und für Rechtschutz 554 443 M. Alle diese Unterstützungen bedingen zusammen gegen 1925 eine Mehrausgabe von 1 973 787 M. Das Krisenjahr 1926 war der Führung wirtschaftlicher Kämpfe nicht günstig, es standen an Zahl und Umfang hinter denen, die im Vorjahre stattfanden, ungemein stark zurück. 1926 verursachten die wirtschaftlichen Kämpfe nach der Verbandsstatistik eine Ausgabe von 6 100 760 M gegen 29 658 960 M im Vorjahre. Die Ausgabe für Verbandsorgane und Bildungszwecke betrug 7 116 318 M, hiervon kamen 4 879 573 M auf Verbandsorgane.

Obwohl die Gewerkschaften im allgemeinen unter der Last der Wirtschaftskrise schwer zu leiden hatten und ihre

Mitgliederzahlen zurückgingen, haben trotzdem die Ortsauschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1926 in der Festigung ihres Bestandes weitere erfreuliche Fortschritte gemacht. Insgesamt bestanden im Berichtsjahr 1295 Ortsauschüsse, von denen 1083 = 83,8 v. H. an der Statistik beteiligt sind. Diesen waren 11 545 Gewerkschaften angeschlossen, die am Ende des Jahres 3 264 528 Mitglieder, darunter 508 214 weibliche und 120 997 jugendliche, zählten. Demnach wurden von der Statistik der Ortsauschüsse 83,0 v. H. der gesamten Zahl der Mitglieder des ADGB erfasst. Von den berichtenden Ortsauschüssen zählten 644, also reichlich die Hälfte, bis 1000 Mitglieder, 388 = 35,8 v. H. über 1000 bis 10 000 Mitglieder und 52 = 4,8 v. H. über 10 000 Mitglieder. Man kann diese Gruppierung in der gleichen Reihenfolge, als die kleineren, mittleren und größeren Ortsauschüsse bezeichnen. Auf die erste Gruppe entfallen 269 188, auf die zweite 1 138 119 und auf die letztangeführte Gruppe 1 857 216 Mitglieder. Nach der Zahl der Mitglieder liegt demnach das Schwerkraft des Ortsauschussesbestandes bei den mittleren und größeren. Doch ist die Ausdehnung der Ortsauschüsse auf die kleineren Orte ungemein wichtig, da sie der Gewerkschaftsbewegung weit auf das Land hinaus Stützpunkte verschafft. Ueber 25 000 Mitglieder haben 17 Ortsauschüsse, und zwar sind es die folgenden Orte, die 1926 folgende Mitgliederzahlen aufwiesen: Berlin 298 708, Hamburg-Altona 163 785, Dresden 113 574, Leipzig 108 260, München 66 226, Frankfurt a. M. 60 536, Nürnberg 54 641, Stuttgart 58 611, Hannover 56 471, Köln 49 760, Breslau 47 813, Chemnitz 41 833, Magdeburg 39 788, Bremen 39 267, Bielefeld 31 731, Stettin 30 583 und Kassel 29 770.

Die Ortsauschüsse nehmen in dem organisatorischen Aufbau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine wichtige Stellung ein. Ihnen liegt die örtliche Vertretung der Gewerkschaftsinteressen ob. Ihr Tätigkeitsgebiet und Aufgabenkreis ist umfangreich und vielfältig. Sie verfügen über Einrichtungen, die zum Teil hohe Kosten verursachen, aber auch für die Mitglieder einen großen Wert haben. In erster Linie stehen hier die Rechtsberatungsstellen der Ortsauschüsse, die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen. Die ersteren werden von vollbesoldeten Angestellten geleitet und bestehen an Orten mit einem größeren Mitgliederkreis. Im Berichtsjahre unterhielten 118 Ortsauschüsse Arbeitersekretariate und 240 hatten nebenberuflich verwaltete Rechtsauskunftsstellen eingerichtet. Zur Erledigung der Verwaltungsarbeiten unterhielten 45 Orte eigene Gewerkschaftsbüros. In diesen Einrichtungen wurden insgesamt 253 Angestellte beschäftigt.

Dem Bildungswesen wird in weitem Maße Rechnung getragen. 775 Ortsauschüsse unterhielten für alle angeschlossenen Gewerkschaften gemeinsame Bibliotheken. In 438 Orten sind zur Pflege des Bildungswesens Ausschüsse eingesetzt und in 260 Orten besondere Ausschüsse für die Jugend geschaffen. Zur Ueberwachung der Bauarbeiterbeschäftigungen sind in 445 Orten aus sachkundigen Personen zusammengesetzte Kommissionen gebildet und in 225 Orten bestehen Betriebsrätezentralen. 104 Ortsauschüsse besitzen eigene Gewerkschaftshäuser mit Bureauräumen, Versammlungsräumen, Restaurants usw. 33 Gewerkschaftshäuser sind mit Herbergen verbunden. Zum Betrieb dieser Unternehmungen fungieren in der Regel besondere Gesellschaften. Ihre Kassenumsätze erscheinen nicht in den Kassenübersichten der Ortsauschüsse.

Die Ausgaben der Ortsauschüsse werden durch Beitragsleistung der angeschlossenen Gewerkschaften bestritten, die meist pro Mitglied berechnet werden. Seit 1924 hat

sich die Beitragsleistung erfreulich aufwärts entwickelt. Die Gesamteinnahme betrug im Berichtsjahre 3 093 114 M., davon kommen 2 304 716 auf Beiträge. Im Durchschnitt kam auf jedes Mitglied eine Beitragsleistung von 72 S. gegen 62 S. im Vorjahre und 48 S. im Jahre 1924. Diese Steigerung der Anteile läßt die gute Entwicklung der Beitragsleistung erkennen. Die Gesamtausgabe belief sich auf 2 731 418 M. Für Bildungszwecke wurden 454 434 M. verausgabt. Als gemeinnützige Einrichtungen erhalten ein Teil Arbeitersekretariate auch Zuschüsse aus Kassen von Gemeinden, Kreisen, Ländern und andern Körperschaften. Diese Zuschüsse beliefen sich im Berichtsjahr auf 120 684 M. Eine eingehendere Darstellung des organisatorischen Bestandes des ADGB, der Finanzgebarung der einzelnen Verbände und Ortsauschüsse enthält das demnächst erscheinende Jahrbuch des ADGB für 1926. Es sei schon an dieser Stelle auf das Erscheinen dieses zur Erkenntnis der Wirksamkeit der Gewerkschaften Deutschlands bedeutungsvollen Werkes hingewiesen.

Arbeitsgemeinschaft oder wirtschaftliche Demokratie.

Seit Jahren drückt in den meisten Industrieländern Europas ein nach Millionen zählendes Arbeitslosenheer auf die sozialen Verhältnisse dieser Länder. Immer wahrscheinlicher scheint die Auffassung zu werden, daß die Arbeitslosigkeit ein Dauerzustand für die europäischen Industrieländer werden wird. Deutschlands derzeitige Wirtschaft scheint dieser pessimistischen Auffassung Recht zu geben. Seit Monaten starker Konjunkturaufstieg, aber schon jetzt mit der Gewißheit, daß die Konjunkturwelle nicht alle Arbeitslosen aufnehmen können. Die Ursachen der derzeitigen Arbeitslosenkrisis haben wir des öfteren aufgezeigt. Auch von anderer Seite sind die Ursachen untersucht worden. Während die Gewerkschaften die Auffassung vertreten, daß in Deutschland die große Arbeitslosigkeit zum guten Teil darauf zurückzuführen ist, daß die Löhne zu niedrig und dadurch die Kaufkraft zu gering sei, machen andere, namentlich auch Kreise aus der Wissenschaft, schließlich die Gewerkschaftspolitik dafür verantwortlich. Während die Gewerkschaften von gesenkten Löhnen und geringerer Kaufkraft der Massen reden, sprechen die erwähnten Kreise von künstlicher Hochhaltung der Löhne durch die Gewerkschaften. So meinte der österreichische Nationalökonom Mises im „Archiv für Sozialwissenschaft“: „Die Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden und Millionen als Dauererscheinung auf der einen Seite und Kapitalaufzehrung auf der anderen Seite sind die Folgen der künstlichen Hochhaltung der Löhne durch die Gewerkschaften und die Arbeitslosenunterstützung.“ Der schwedische Nationalökonom Cassel, dessen Auffassungen nicht nur von Gewerkschaften, sondern auch aus wissenschaftlichen Kreisen stark widersprochen wurden, kam in Abhandlungen über das Arbeitslosenproblem zu dem Ergebnis, „daß die Tendenz der Arbeitslosigkeit permanent zu werden, am stärksten in den Ländern hervortrete, wo eine geschlossene Gewerkschaftspolitik ihre höchste Machtentwicklung erreicht habe.“ Dieser Auffassung über die Ursachen der Dauerarbeitslosigkeit ist jetzt, wenn auch mit vielen Einschränkungen, ein neuer Befürworter entstanden. Professor Adolf Weber, München, der in einer Broschüre (Arbeitskämpfe oder Arbeitsgemeinschaft. J. C. B. Mohr, Tübingen) zu der vorliegenden Problematik Stellung nimmt, sagt unter Bezugnahme auf die Anschauungen Cassels:

Tatsächlich ist die Arbeitslosigkeit in den klassischen Ländern der Gewerkschaften, in England und Deutschland, außerordentlich groß, dagegen in den Vereinigten

Staaten, wo weniger als 15 % der Arbeiter organisiert sind, niedrig. Man darf aber aus derartigen induktiven Material nicht voreilig Schlüsse ziehen, darf namentlich nicht übersehen, daß die Gewerkschaften direkt und indirekt in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und in den Folgen Erhebliches geleistet haben, wie auch doch festgestellt, daß in Deutschland ganz andere Ursachen der erster Linie für die Arbeitslosigkeit maßgebend sind als die Gewerkschaftspolitik. Aber es hieße sozialökonomisch bedenkliche Vogel-Strauß-Politik treiben, wenn man den richtigen Kern der Behauptung, künstliches Hochhalten und Hochhalten der Löhne hänge innerlich mit der Arbeitslosigkeit eng zusammen, übersehen wollte. Die Nachfrage nach Arbeitskraft ist nun einmal aus einer Funktion der Lohnhöhe; steigt diese unter sonst gleichbleibenden Umständen, muß die Nachfrage nach Arbeitern, wie auch nicht von heute auf morgen, nicht automatisch mechanisch zurückgehen. Die steigenden Löhne veranlassen zugleich die Arbeitgeber, noch enger darauf bedacht zu sein, die feineren Arbeitskräfte durch technische Einrichtungen zu ersetzen. Dadurch muß auf die Dauer, obwohl die Produktivität der Arbeit gesteigert wird, die Arbeiternachfrage günstig beeinflusst werden. Aber gleich bedeutet das ein Ueberflüssigmachen von Arbeitskraft, und je rascher die Rationalisierungsbestrebungen aufeinanderfolgen, um so mehr werden die theoretisch vorübergehenden Erscheinungen tatsächlich den Charakter der Dauererscheinung haben. So bildet sich eine eigartige industrielle Reservearmee, eine permanente Arbeitslosigkeit als Folge der Friktionen (Reibungen), die sich aus dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit ergeben.

Der Verfasser sagt zwar — im Gegensatz zu Cassel und Mises —, daß in Deutschland ganz andere Ursachen der Arbeitslosigkeit maßgebend seien als die Gewerkschaftspolitik, stimmt aber doch im Kern wieder den Auffassungen Cassel-Mises zu, daß Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit innerlich zusammenhängen. Das wird auch von keinem Gewerkschafter ernstlich bestritten werden. Allerdings sehen die Gewerkschaften die Zusammenhänge zwischen Lohn, Arbeitslosigkeit und Volkswirtschaft in gerade gegengesetztem Sinne als Cassel-Mises-Weber.

Immerhin zeigt die ganze neuere, über die hier erwähnte Problematik erschienene Literatur, daß man mehr umhin kann, die Bedeutung der Gewerkschaften als Wirtschaftsfaktor mehr und mehr zu erkennen. Die alte Auffassung, daß Wirtschaft Kapital, Unternehmertum und Unternehmerinteressen ist, wird immer mehr verlassen. Auch der Gegenstand Kapital, die Arbeit, wird von allen wissenschaftlichen Autoritäten als volkswirtschaftliches Element anerkannt. Auch Weber erkennt an, daß „die Arbeit die wichtigste und zugleich sicherste Reichumsquelle ist, die dem Mensch zur Verfügung steht.“ Und sagt dann, daß auch Organisationen der Träger dieser wichtigsten Einkommensquelle, die Gewerkschaften, nicht überflüssig seien, vielmehr sehr wichtige Funktionen hätten. Aber wieder erkennt Weber nicht an, daß die Gewerkschaften letzten Endes allein bestimmt durch die Produktivität der Arbeit Ueber die dadurch gezogene Grenze kann die Arbeiterkraft und wenn sie noch so stark organisiert ist, nicht hinausverfügt werden, so wird sie selbst dadurch geschädigt. Sinn dieser Ausführungen ist, daß die Gewerkschaften Lohnpolitik überspannt haben und nun selbst unter den Auswirkungen durch Dauerarbeitslosigkeit zu leiden haben.

Somit sagt der Verfasser den Gewerkschaften keine Liebenswürdigkeit. Er hält die Organisationen der

Religion und Brot.

Hart und gefühllos ist unsere Zeit, daß sie so viele Menschen darben läßt, daß sie die Not sieht und doch nicht das Herz hat, diese Verhältnisse zu ändern und grundlegend neu zu gestalten.

Dabei weiß man oft nicht genug der brüderlichen Worte, und Liebe zu predigen ist Beruf so manchem, der dem Leben, dem wirklichen Leben mit seinen wirtschaftlichen Zusammenhängen völlig teilnahmslos gegenübersteht. Kann ein sittlich fühlender Mensch Not dulden? Kann ein sittlich fühlender Mensch je glücklich sein, solange noch Not möglich ist?

„Aber täglich Brot gib uns heute!“ Das Wort hat in dem Zusammenhange, in dem es steht, einen tiefen, tiefen Sinn. Wo kein Brot ist, da kann kein innerliches Glück vorhanden sein. Da ist kein Edelstum möglich. Da kann auch keine Religion sein, mögen wir sie so oder so verstehen.

Wie sittlich tief fühlte man einst, als man diese Wortverbindung von Religion und Brot prägte! Ja, wie sittlich tief fühlte man einst, als man — der alten Quellen Sammlung zufolge — das Brot heute schon für morgen verlangt hat, damit die Not doch nicht ist und damit ohne die Not die Sicherheit und die Ruhe und der Frieden der Seele überhaupt möglich waren.

Unser täglich Brot gib uns heute! Wie plappern doch so viele das Wort! Wir wissen, daß wir uns das Brot selber erziehen und erzwingen müssen, aber wie tief fühlte man seine sittliche Notwendigkeit einst — gegen heute!

Vom Recht des Leibes.

In der Sprache drückt sich das Wesen einer Zeit aus. Darum machte schon Friedrich Engels darauf aufmerksam, wie der zunehmende Kapitalismus immer mehr auch in der Sprache und in ihren Ausdrücken in die Erscheinung getreten ist. Mit diesem Wesen der Sprache als Ausdruck der Zeit hängt es aber auch zusammen, daß Wörter ihren eigentlichen Sinn völlig verändern, ja, daß sie oft eine ganz entgegengesetzte Bedeutung erhalten. So merkt man heute bei der Gymnastik vom Nackten recht wenig, obwohl das griechische „gymnos“ nackt heißt und Leibesübungen dem Griechen Nacktübungen gewesen sind. So ist es auch mit der Askese, die heute eine frömmeliche

Entsagung bedeutet, aber ursprünglich auch mit jener griechischen Lichtkultur des Leibes und so mit Freude am Leben zusammenhängend.

Stand der Griechen vor Wettkämpfen im Stadion, dann unterwarf er sich freiwillig vorübergehend einem Zwange in seiner Lebensweise. Wie auch heute noch so oft vor Höchstleistungen im Wettkampfe, enthielt sich der Grieche dann der Liebe und des Weins. Dazu wurde vor dem Kampfe einige Zeit eine besondere Diät durchgeführt. Und das Ganze nannte man „Askesis“, Askese.

Askese war damit eine vorübergehende Unterdrückung der leiblichen Genüsse um des Lebens willen. Askese war dem Griechen nicht Selbstzweck. Das Leben und die gesunde Freude am Leben waren das Höhere. Lebensfreude ist Lebenssinn.

Oder entspricht diese Askese für uns nachgriechische Menschen etwa einem großen sittlichen oder göttlichen Gebote? Entspricht sie vielleicht dem herrschenden Christentum? Nein. Nur im Anfange, als er noch suchte und Werdender war, da hat sich dieser Meister von Nazareth, wie das Neue Testament berichtet, dem Asketen Johannes dem Täufer zugewandt. Aber diese Askese befriedigte ihn nicht. Er wandte sich ab von ihr. Selbst vom Weintrinken wird über ihn berichtet, und sein Kampf gegen den Mammon und für die Armen war ein ganz klarer und ausgesprochener Kampf um das Recht des Leibes im Dasein.

Wie die Askese, so ist damit auch die vom Leben erzwungene Not und Entrechtung widersinnig und unfittlich und unreligiös. Entsagung nur, soweit sie dem Leibe dient. Der Leib ist das Höhere und seine Gesundheit und Lebenskraft. Lebensrecht darum und wirtschaftliche Freiheit! Nur in einem gesunden und wohlernährten Leibe kann ein gesunder Geist vorhanden sein.

Kultur und Ernährung.

Es war schon seit langem aufgefallen, daß die Zahl der rachitischen Knaben wesentlich höher als die Zahl der rachitischen Mädchen ist. So hat eine Statistik von Priestley, die 75 000 rachitische Kinder erfasst hat, auf 1000 Knaben nur rund 500 Mädchen gefunden.

Andere Untersuchungen aber haben ergeben, daß auch in den Hilfsschulen die Knaben die Mädchen im allgemeinen weit überwiegen, und die Prüfungen haben gezeigt,

daß da enge Zusammenhänge zwischen Rachitis und geistiger Fähigkeit vorhanden sind. Auch die Beobachtungen Stadimedizinalrat Dr. Uchenheim, Remscheid, nach der Richtung bei der Berufsberatung gemacht hat, haben bewiesen, daß diese Zusammenhänge bestehen. So z. B. die Kinder, die das Ziel der Schule nicht erreichen, fast ausnahmslos Reste von Rachitis aufzuweisen.

Es ist Dr. Uchenheim natürlich auch bekannt, daß soziale Verhältnisse direkt, ohne den Umweg über Rachitis, die geistige Entwicklung beeinflussen, so daß Ueberweisung an die Hilfsschule nötig ist, aber die Sache des Zusammenhanges zwischen Rachitis und geistiger Entwicklung ist von besonderer Bedeutung; denn wissen, wie man die Rachitis vermeiden kann und wie die Zahl der geistig zurückgebliebenen Kinder damit vermindert wird. Licht und Luft muß die Jugend haben, und das Wohnen mangelhaft ist, dann müssen Spielplätze, Waldschulen, Nacherholungsstätten und ähnliche Einrichtungen das Bedürfnis nach Licht und Luft beim Kind befriedigen.

Aber dann auch gute Ernährung! Das ist eine wichtige, Rachitis nicht verhütende Maßnahme. So bestimmende Bedeutung im Ernährungswesen das Volk hat, ist bezeichnend. Gebt dem Menschen ein Einkommen! Laßt die Kinder genügend essen! Aber lieber verwendet man die großen Mittel der Hilfsschulen, als daß man die Kinder durch gute Verhältnisse für die Normalschule reif macht.

Die geistige Reife des Volkes. Wie trotz aller Mängeln und Schädigungen durch das soziale Leben hohe Intelligenz im Volke nach Befreiung drängt, die Versuche an der neuen Wiener Allgemeinen Hilfsschule, die eine Pflichtmittelschule für alle 10- bis 14-jährigen Kinder ist, eine Erweiterung der Grundschule auf ganze Schulzeit. 61 % der Kinder dieser Schule gehören proletarischen Schichten an, und Vergleiche mit entsprechenden Klassen des Realgymnasiums I haben die Vervollständigung der Klassen ergeben. Allerdings zeigt die Wiener Schulen bekanntlich eine ausgedehnte soziale Sorge, Schalerpeisung, Schulhorte für Kinder mit schlechten Wohnungsverhältnissen und dergleichen, parallel. Jetzt zeigen die höchst bedeutungsvollen Versuche, über die Prof. Pommer, Wien, in der „Schulreform“ berichtet, zur Kulturböhe das Volk reif ist, wenn man ihm nur das Recht und geistige Freiheit gibt.

ter zur Steigerung der Produktivität der Arbeit sogar höchst erwünscht:

Der Drang nach Besserung ihrer Lage, der in ihnen steckt, wird die Unternehmer noch mehr als es die Konkurrenz schon an und für sich tun, anspornen, sich alle technisch und organisatorisch möglichen Fortschritte zu nutzen zu machen, insbesondere auch den Lohn und die Arbeitszeit so auszugestalten, daß mit höchstmöglichem Nutzen die Arbeit in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt werden kann.

Aber der einzelne Arbeiter, der in dem ungenügender komplizierten Arbeitsprozeß stehen, könne den Arbeitsmarkt nicht richtig überschauen und würdigen. Er bedürftiger Führer, die für ihn zu handeln wissen. Und von diesen Führern wird erwartet, daß sie durch Eingebung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum die Bedingungen für einen neuen wirtschaftlichen Aufstieg des deutschen Volkes schaffen.

Damit wäre auch dieser Verfasser, trotzdem er die wichtigen Funktionen der Gewerkschaften anerkennt, als wichtigste Reichsquelle die Arbeit und — ohne es zwar nicht zu sagen — in der Arbeit ein volkswirtschaftliches Element sieht, doch bei der Arbeitsgemeinschaft angekommen. Arbeitsgemeinschaft in der Industrie oder zwischen Organisationen der zwei Hauptelemente in der Volkswirtschaft — Kapital und Arbeit — heißt nach heutigem Sprachgebrauch, daß die Vertreter der Organisationen des Kapitals weiter die wirtschaftliche Führung behalten sollen, mit können sich aber die Organisationen des volkswirtschaftlichen Hauptelements „Arbeit“ nicht abfinden. Die Arbeit ist in der Wissenschaft und Theorie ohne Zweifel volkswirtschaftliches Element anerkannt und steht volkswirtschaftlich gleichberechtigt neben dem Element Kapital. Wir streben heute die Gewerkschaften die Gleichberechtigung auf allen Gebieten der Wirtschaft an. Erst wenn diese Gleichberechtigung, die vom Element Kapital dem Element Arbeit heute bestritten wird, wirklich herbeigeführt ist, dann sind Nachverhältnisse so verschoben, daß dann von einer „Arbeitsgemeinschaft der Arbeit“ die höchsten wirtschaftlichen Leistungen erwartet werden können. Es geht also zur nicht um Herbeiführung einer Arbeitsgemeinschaft im üblichen Sinne, sondern es geht vielmehr für die Zeit um die Herbeiführung der Gleichberechtigung — Demokratie — auf allen Gebieten der Wirtschaft.

Berufsunfälle

Elberfeld. Erst jetzt wird uns bekannt, daß unser Kollege Karl Wiermann am 10. Juni von einer Anleihe in Höhe von 8 Meter abstürzte. Die Unfallfolge in Rippenquetschung. Der Kollege arbeitete noch vererbene Lage weiter, mußte aber dann infolge starker Schmerzen die Arbeit einstellen. Der Unfall trug sich folgendermaßen zu: Die gebrauchte Leiter brach oben zirka 2 Meter ab, der Kollege schlug in der Mitte der Leiter mal auf, die dann wiederum durchbrach. Mitte Juni stürzte unser Kollege vom Bauer beim Transportieren von Tapedierböden eine Kellertreppe hinab, er sich einen Intergruß zwischen Rippen und Lunge an, an dessen Folgen er heute noch arbeitsunfähig ist. Anfang Juni stürzte Kollege Georg Weul mit einer Leiter, infolgedessen er eine Quetschung der Schulter erlitt. Weul wurde arbeitsunfähig und ist auch heute nicht imstande, den Arm richtig zu gebrauchen. Ein Tag auf Rentenverfahren ist gestellt worden. In Magdeburg fiel am 23. Juli der Malermeister Sch. einer Arbeitsstätte von einer Leiter. Er trug einen schweren Schaden des rechten Oberschenkels davon und mußte dem Krankenhaus Sudentburg zugeführt werden.

Baugewerbliches

Bauarbeiterschuttsch. Seit längerer Zeit hat sich die Bauarbeiterschuttsch. bemüht, den Arbeiterschuttsch. durch „Die Unfallverhütung im Bau“ zu erweitern. Wir haben auch im „Maler“ eine Reihe geeigneter Bilder veröffentlicht. Während sich die Reichsarbeitsverwaltung bisher bei der Begutachtung der Bilder immer nur an die Berufsgenossenschaftswand hat, wendet sie sich nunmehr auch an die Gewerkschaften mit dem Ersuchen um Mitwirkung auf diesem Gebiete. Wir begrüßen diesen Schritt sehr, denn unsere Mitglieder auf, an die Errichtung tatkräftig mitzuwirken. Jeder kann ein Kollege, der im praktischen Leben steht, geeignete Motive herausfinden und skizzieren. Ist nicht nur an Unfälle gedacht, denen besonders häufige Ursachen zugrunde liegen oder die sehr schwere Folgen nach sich ziehen können, sondern mehr an Fälle alltäglicher, alltäglicher Art. Erwünscht sind Schilderungen von Betriebsvorfällen, die zu Unfällen führen oder doch eine Gefahrenquelle darstellen, und die häufigste Art der Verhütung. In Frage kommen Vorschläge für Bilder zur Verhütung von Berufsunfällen. Kurze, aber klare Beschreibungen solcher Bilder genügen. Sofern nicht ein Lichtbild der Unfallverhütung beigefügt werden kann, ist eine einfache Grundrisszeichnung erwünscht, auf der die Arbeitsplätze oder die sonstigen im Fall wichtigen Umstände angedeutet sind. Für die Gestaltung der Unfallverhütungsbilder wird auch gelegentlich auf Mitteilungen aus Mitgliederkreisen über bisherige Aufnahme der Bilder, insbesondere, ob zur Wirkung der Wirkung Änderungen in der Art der Darstellung gewünscht werden. Einzelne Bilder sind von der Arbeiterschuttsch. kritisiert worden, weil die dargestellten Betriebsvorgänge nicht ganz der Wirklichkeit entsprechen. Die Wirkung der Bilder hat dadurch vielfach Anregungen dieser Art erbitten wir umgehend an den Vorstand einzusenden, damit er dem Reichsarbeitsverwaltung recht bald entsprechen

Gewerbliches

Ausfallender Facharbeitermangel! Vor kurzem stöhnten die Unternehmer des Baugewerbes, daß ausländische Facharbeiter angefordert werden müßten, obwohl noch genügend Kräfte im Innern Deutschlands arbeitslos sind. Heute klagt auch die Groß- und Kleinindustrie Westdeutschlands über Facharbeitermangel. Dabei steht fest, daß in denselben Bezirken Zehntausende von Handwerkern vergeblich Arbeit suchen. Wie läßt sich dieser Unterschied erklären? Tatsache ist, daß die Eisenindustrie keinen Facharbeiter mehr einstellt, sobald er das 40. Lebensjahr erreicht hat. Was soll nun mit diesen Männern, die doch noch im besten Lebensalter stehen, geschehen? Für diese mit Hilfe der Unternehmer geschaffenen Arbeitslosen muß aber gesorgt werden, und so bekommen wir mit der Zeit ein Heer von Arbeitslosenrentnern, die aus den Mitteln der Allgemeinheit ernährt werden müssen! Daneben ist aber in beiden genannten Industrien oft zu verzeichnen, daß tüchtige Facharbeiter gekündigt werden. Sie können allerdings meistens weiterarbeiten, wenn sie sich bereit

Wer für den Verband in diesem Jahre noch kein neues Mitglied gewonnen hat, der erfülle jetzt seine Pflicht bei unserer beginnenden Sommerpropaganda!

erklären, als Plag- oder Hilfsarbeiter weiterzuarbeiten. Das ist nichts weiter, als eine bewußte Maßnahme zum Lohnruck. Sie zeigt mit aller Deutlichkeit, daß von einem Facharbeitermangel ernstlich keine Rede sein kann. Was hier vom Baugewerbe und der Metall- und Hüttenindustrie einwandfrei nachgewiesen werden kann, dürfte in zahlreichen Fällen auch für viele andere Industrien und Gewerbegebiete zutreffen. Wir empfehlen diesen Umstand den interessierten Behörden und Regierungsstellen der lebhaftesten Beachtung!

Der Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes, der in Frankfurt a. M. tagte, hatte sich unter anderem auch mit der Frage einer Invalidenunterstützung zu beschäftigen. Im Prinzip stimmte der Verbandstag der Einführung dieser Unterstützung zu und gab dem Verbandsvorstand auf, bei deren Einführung folgende Leitfäden zu beachten: 1. Die Invalidenunterstützung darf nur mit einer entsprechenden Erhöhung zu und gab dem Verbandsvorstand auf, bei deren Einführung folgende Leitfäden zu beachten: 2. Die Beitragszuschläge sollen nicht gesondert, sondern mit dem Hauptkassenbeitrag erhoben werden. Sie sollen gestaffelt sein nach der Verdienst- respektive Beitragshöhe. 3. Die Unterstützungssätze sollen im Verhältnis der geleisteten Beitragszuschläge bemessen werden. 4. Die Mitglieder sollen durch eine Urabstimmung im Frühjahr 1928 über die Einführung der Invalidenunterstützung und der dazu erforderlichen Beitragszuschläge entscheiden. 5. Die Vorlage für die Urabstimmung soll durch den Verbandsbeirat unter Hinzuziehung der Vorberatungskommission festgestellt werden.

Die Beitragserhöhung ist gedacht bei einem Beitrag von 50 % um 5 %, bei 60 % bis 100 % Beitrag 10 %, bei einem Beitrag bis 130 % 15 %, bei höheren Beiträgen 20 %. Von der ursprünglich vorgesehenen Festsetzung bestimmter Unterstützungssätze soll abgesehen und die Unterstützungssätze beweglich gestaltet werden. Die für die Beitragserhöhung und die Unterstützungssätze vorgesehenen Sätze stehen noch nicht fest, sie sollen vom Vorstand und Beirat noch beschlossen werden und dann zur Urabstimmung kommen. Die Vorberatungskommission schlägt vor, die Urabstimmung im nächsten Frühjahr vorzunehmen. Für den Fall der Annahme soll die Beitragserhöhung am 1. Juli 1928 in Kraft treten, mit der Auszahlung der Unterstützung wird am 1. Januar 1929 begonnen.

In einer Entschließung zur Lohn- und Vertragsbewegung brachte der Verbandstag seinen Willen zum Ausdruck und legte die Richtlinien seiner künftigen Taktik fest. Bemerkenswert waren die Referate der Professoren Dr. Singheim, der über „Arbeitsrecht und Arbeiterbewegung“, und Dr. Wölting, der über „Die Lohnfrage im Lichte der neueren Wirtschaftsentwicklung“ sprach. Beide Referate sollen als Sonderdruck herausgegeben werden.

Die Wiederwahl des gesamten Vorstandes erfolgte gegen wenige Stimmen.

Die Gewerkschaften gegen die Portoerhöhung. Der Postminister hat seinen Willen durchgesetzt, treten doch am 1. August neue erhöhte Portosätze ein. In letzter Stunde haben die Vorstände der freien Gewerkschaften beim Reichspostminister ernste Beschwerden über die geplanten Erhöhungen erhoben, die eine neue schwere Belastung der deutschen Wirtschaft zur Folge haben müssen und die ohnedies schwierige Lage der Arbeitnehmer noch weiter gefährden werden. Die gleichen Gründe, die alle einsichtigen und verantwortlichen Kreise dazu geführt haben, eine Erhöhung der Kohlenpreise abzuwehren, nötigen auch dazu, wenigstens in der jetzigen Zeit die geplante Portoerhöhung abzulehnen. Nach unserer Überzeugung gehen überdies die beabsichtigten Erhöhungen weit über das notwendige Maß hinaus, weshalb wir im Interesse der gesamten deutschen Arbeitnehmer die dringende Bitte aussprechen, von den Preissteigerungen überhaupt abzusehen oder wenigstens sie auf eine spätere Zeit mit einer günstigeren Wirtschaftslage zu verschieben. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, gez. Leipart. Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, gez. Aufhäuser. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, gez. Kozur.

Eine Erhebung über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse. Im „Reichsgesetzblatt“ wird soeben eine Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Lohnstatistik veröffentlicht. Nach dieser Verordnung sollen in diesem Jahre Erhebungen über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten in ausgewählten Gewerben, Orten, Betrieben, Arbeiter- und Angestelltengruppen veranstaltet werden. Man scheint mit diesen Erhebungen die genauen Verdienste statistisch erfassen zu wollen. Die Ausführung der Statistik ist dem Statistischen Reichsamt übertragen. Zur Ausführung und fristgemäßen Zurücksendung der Erhebungspapiere ist der Betriebsleiter oder der für ihn bestellte Vertreter verpflichtet. Bei Listenhebungen hat der Betriebsrat (Betriebsobmann), bei Erhebungen durch Einzelkarten der einzelne Arbeitnehmer durch Unterschrift zu bestätigen, daß er gegen die Eintragungen keine Einwendungen zu erheben hat. Das letztere ist natürlich sehr wichtig, und sollten die Arbeiter und Angestellten darauf sehen, daß diese Bestimmung beachtet wird.

Genossenschaftliches

Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Im Vordergrund der deutschen Wirtschaftspolitik steht die Landwirtschaft, der wieder einmal mit Zöllen gehoffen werden soll, obwohl nun auch in klein- und mittelbäuerlichen Kreisen eingesehen wird, daß nicht die weitere Verteuerung von Fleisch- und Kartoffeln, sondern die Hebung der Kaufkraft der breiten Verbrauchermassen — Arbeiter, Angestellte, Beamte usw. — das Entscheidende auch für ihre Wirtschaftslage ist. Von gleicher Bedeutung ist aber für den größten Teil der Landwirtschaft, wozu allerdings die Großgrundbesitzer nicht gehören, die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Genossenschaftswesen. Genossenschaftliche Organisation der Gütererzeugung und des Absatzes — Standardisierung — muß die Parole der Wirtschaftspolitik der deutschen Landwirtschaft sein.

Gewiß hat auch die deutsche Landwirtschaft das Genossenschaftswesen schon in starkem Maße ausgebaut, aber in der Hauptsache auf dem Gebiete des Geldverkehrs und des Bezuges landwirtschaftlicher Bedarfsartikel, Dünger usw. Über das Beispiel des dänischen Genossenschaftswesens zeigt, was auf den ebenso wichtigen Gebieten der Vereinfachung der Produktion und des Vertriebes noch geschehen kann und muß, um der kleineren und mittleren deutschen Landwirtschaft eine wirtschaftlich bessere Zukunft zu sichern, als es die Vergangenheit war. Die dänischen Konsumgenossenschaften, Milchgenossenschaften, Schlächtereigenossenschaften, Eiergenossenschaften usw. bilden das Rückgrat der dänischen Landwirtschaft; sie sind vorbildlich für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen anderer Länder — auch des deutschen.

Zunächst ist zu beachten, daß es in Dänemark bei einer Bevölkerungszahl von rund 3 200 000 Personen im Jahre 1919 1891 Konsumgenossenschaften gab mit 318 840 Mitgliedern, das heißt, Haushaltungen. Der Umsatz im Jahre 1919 betrug 140 Millionen Kronen (1 Krone gleich 90 %), also rund 470 Kronen pro Mitglied. Da die Landwirtschaft domonierend ist, so ergibt sich ihr überwiegender Anteil auch an der konsumgenossenschaftlichen Bewegung. Sie behundet auch damit haus- und volkswirtschaftliche Einsicht.

Von besonderer Bedeutung ist der Stand der Molkeriegenossenschaften, deren es im Jahre 1920 1362 gab mit 200 000 Mitgliedern und einem Jahresumsatz von 660 Millionen Kronen. Noch stärkere Bedeutung beanspruchen die Schlächtereigenossenschaften in Zahl von 46 mit 165 000 Mitgliedern und einem Jahresumsatz von 268 Millionen Kronen. Man kann sich vorstellen, welchen bedeutenden Einfluß die genossenschaftlichen Schlächtereien auf die Gestaltung der Fleisch-, Wurst- und Fettpreise besitzen. Einen nicht minder wichtigen Zweig des dänischen Genossenschaftswesens bilden die Eiergenossenschaften, die der Sammlung, dem Transport und Vertrieb (Export) dienen. Ihre Mitgliederzahl betrug im Jahre 1920 rund 50 000 mit einem Jahresumsatz von 20,6 Millionen Kronen. Von Interesse ist die Abstempelung der Eier und die Verbängung von Geldstrafen für Lieferanten schlechter Eier. Wie überhaupt ausgesprochene Qualitätsleistung das Prinzip der dänischen Genossenschaften bildet, welches ihren Produkten einen hervorragenden Platz in der ausländischen Konkurrenz sichert. Sodann sind noch die Ankaufsgenossenschaften für Düngemittel und Futtermittel von Bedeutung; sie zählen zwar nur 900 Mitglieder, aber mit einem Jahresumsatz von 87,8 Millionen Kronen.

Welche Entwicklung das dänische Genossenschaftswesen genommen hat, ergibt sich daraus, daß im Jahre 1900 der Umsatz aller damals bestehenden Genossenschaften nur 214 Millionen Kronen betrug, im Jahre 1926 aber rund 1 1/2 Milliarden (= 1500 Millionen)!

Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft beruht also nicht in Zöllen, von denen das Großagrarertum die einzigen und größten Nutznießer sind, sondern in einem Ausbau der genossenschaftlichen Organisation auf allen Gebieten der landwirtschaftlichen Tätigkeit zum Zwecke der Vereinfachung und Steigerung der Produktion und Vereinfachung ihres Vertriebes. Dänemark ist Beweis und Vorbild.

Aus der Betriebsratspraxis

Rechtswirksamer Einspruch des Arbeiterrates gegen die Entlassung von Arbeitern. Ein Arbeitgeber hatte mehreren Arbeitern gekündigt, worauf diese bei ihrem Arbeiterrat Einspruch erhoben. Der Arbeiterrat erachtete den Einspruch auch für begründet und strengte vor dem Gewerbegericht gegen den Arbeitgeber Klage an, mit der er die Verurteilung des Beklagten zur Weiterbeschäftigung bzw. Entschädigung der Arbeiter verlangte. Der Arbeitgeber erhob den Einwand, der Beschluß des Arbeiterrates, den Einspruch der Arbeiter gegen ihre Kündigung als berechtigt anzusehen, sei als ein rechtswirksamer nicht anzusehen; denn rechtswirksame Beschlüsse des

Arbeiterrates könnten nur gefaßt werden, wenn alle Mitglieder des Arbeiterrates unter Mitteilung des Verwaltungsgeschäftes zur Arbeiterratsitzung geladen werden und wenn die Zahl der Erschienenen mindestens die Hälfte der Zahl der Betriebsratsmitglieder erreiche.

Das Gewerbegericht Berlin hat den Einwand des Beklagten Arbeitgebers für begründet erachtet und demgemäß die Klage des Arbeiterrates abgewiesen.

Sozialpolitisches

Die Entschädigung der Beisitzer der Arbeitsgerichtsbehörden ist durch eine Verordnung geregelt worden. Danach erhalten die Beisitzer Ersatz für den Verdienstausfall, und zwar beträgt dieser Ersatz 20 % bis höchstens 1,50 M je Stunde; er wird für höchstens 10 Stunden für den Tag gewährt.

Normungsbestrebungen im Haushalt. Aus volkswirtschaftlichen Gründen wird zur Zeit eifrig an der Normung hauswirtschaftlicher Geräte gearbeitet.

Arbeiterversicherung

Krankennunterstützung bei Erwerbslosigkeit. Nach § 214 der RVO verbleibt den wegen Erwerbslosigkeit aus der Krankenkasse ausscheidenden Versicherten, die in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens

8 Wochen versichert waren, der Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt.

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

ihm auf Grund des § 21 Abs. 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge... zusehen, bleibt sein Anspruch auf Zahlung des Unterschiedes nach § 214 RVO bestehen.

Vom Ausland

Die Lohnbewegung der Maler, Anstreicher und Lackierer in Wien ist abgeschlossen. Niemals bisher haben sich, wird aus Wien berichtet, die Verhandlungen so schwierig gestaltet wie diesmal.

Berschiedenes

Die Leipziger Herbstmesse beginnt am 28. August dieses Jahres. Sie dauert für die Mustermesse, die Technische Messe und Baumesse bis zum 3. September.

Herbstmesse, wie schon jetzt ersichtlich ist, die größte Achtung entgegen. Sie wird manches Neue, das sie von den früheren Messen unterscheidet, aufweisen.

Fachliteratur

Neuer Schriftensatz. 20 zeitgemäße Alphabete. Sammlung ausdrucksvoller Buchstabenbilder für Schriftmaler und alle Schrift anwendende Berufsweige.

Waren- und Materialkunde des Lack- und Farbfaches. Unter Mitarbeit von Fachgelehrten herausgegeben von Erich Stock und Wilhelm Anton.

Literarisches

Gesundheitschriften für das Volk. Heft 4 der im Verlage von G. Bitt & Co. m. b. H. in München erscheinenden Gesundheitsbibliothek bringt aus der Feder des Münchener Arztes Dr. Julian Marcuse eine Abhandlung über: Thema: 'Erfaltung und Wahrung'.

Bericht der Freigewerkschaftlichen Jugendzentrale des Ausschusses Berlin des ADGB, Berichtsjahr 1926. Preis Organisationsmitglied 50 H.

Die 'Urania'. Arbeiter-illustrierte Zeitung, Verlag W. S. Wilhelmstraße 48, erscheint wöchentlich zum Preis 20 H.

Bereinstell

Aus Halle wird mitgeteilt, daß das Mitglied Nr. 11361, auf den Namen Ernst Jaehne im Jahre 1897 geboren ist.

Sterbetafel

Angsburg. Am 14. Juni starb unser Mitglied Bendor. Wir verlieren in ihm einen unsern langjährigen Mitarbeiter.